



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/XV/158 - 13. Juli 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Vom Geist der Toleranz durchdrungen</u> Zum Staatsvertrag zwischen Hessen und den evangelischen Kirchen in Hessen und Nassau, Kurhessen-Waldeck und Rheinland	67
3 - 4	<u>China marschiert am Himalaya auf</u> Die Jaruken in Tibet - ein fadenscheiniger Grund Von Erwin Erasmus Koch	86
5	<u>Eine gute Sache</u> Wegweisende Beschlüsse der Deutsch-französischen Rektorenkonferenz	33
5a	<u>UNO als ordnende Kraft</u> Aber noch fehlt ein ständiges Exekutivorgan	35
6	<u>Falsperre unter Egerer Burg</u> Das Bild der alten Heimat ändert sich	43

* * *

*

Vom Geist der Toleranz durchdrungen

Von Ludwig Metzger, MdE

Noch immer versuchen rückständige Gegner der Sozialdemokratie, das Märchen von der "Kirchenfeindlichkeit der SPD" in Umlauf zu halten. Dass diese Behauptungen falsch sind und wider besseres Wissen aufgestellt werden, schert die politischen Hinterwäldler nicht.

Es ist bekannt, dass Hessen seit vielen Jahren ein sozialdemokratisch regiertes Land ist und dass in seinem Landtag eine absolute sozialdemokratische Mehrheit sitzt. Wie steht es in diesem Land mit der "Kirchenverfolgung"?

Vor kurzem sind in Wiesbaden die Ratifikationsurkunden zum Staatsvertrag zwischen dem Lande Hessen und den Evangelischen Kirchen in Hessen und Nassau, Kurhessen-Waldeck und im Rheinland ausgetauscht worden. An der Feier nahmen Kirchenpräsident Niemöller, Bischof Wietmann, Präses Professor Beckmann, Ministerpräsident Zinn mit seinem Kabinett, Landtagspräsident Zinnkann mit dem Landtagspräsidium und andere Persönlichkeiten aus Staat und Kirche teil.

Was ist der Inhalt dieses Staatsvertrages? In der Präambel wird als Zweck des Vertrages die Festigung und Förderung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen dem Lande Hessen und den Kirchen genannt. Der Vertrag geht davon aus, dass die evangelischen Landeskirchen gleichberechtigte Partner des Staates sind. Mit Recht denkt man dabei an das Godesberger Grundsataprogramm, in dem es heißt, dass die Sozialdemokratie mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freier Partnerschaft zusammenarbeiten will. Eigenständigkeit und Öffentlichkeitsauftrag der Kirche werden in dem Vertrag ausdrücklich bejaht. Die Kirche wird als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt. Glaubensfreiheit, Selbstverwaltungsrecht der Kirche innerhalb der Schranken der Gesetze, sowie das Recht der Kirche, kirchliche Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der Gemeinde zu verleihen, werden garantiert. Regelmässige Begegnungen zwischen Kirche und Staat werden vereinbart, um Fragen von beiderseitigen Interesse zu besprechen.

Der Vertrag normiert, dass alle öffentlichen Schulen in Hessen auf christlicher Grundlage beruhen, dass der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach in allen Schulen und Sekulartext ist und dass die Kirche ein Recht

auf Einsichtnahme in den Religionsunterricht hat. Ein Wiederaufleben des verachteten früheren Einsichtsrechts des Orts Pfarrers, das zu grossen Spannungen zwischen Pfarrer und Lehrerschaft geführt hat, ist ausdrücklich ausgeschlossen.

Für die Staatsleistungen an die drei Kirchen (für die in Hessen gelegenen Gebiete) sind Gleichklauseln festgelegt; die Leistungen betragen nach dem Stand von 1957 rund acht Millionen DM. Die Paritätsklausel macht besonders deutlich, wie sehr der Vertrag vom Geist der Toleranz durchdrungen ist. Danach verpflichtet sich der hessische Staat, im Falle des Abschlusses günstigerer Vertragsbedingungen mit der katholischen Kirche den Staatsvertrag mit den evangelischen Kirchen zu überprüfen.

Kirchenpräsident Niemöller hat bei der Feier des Austauschs der Ratifikationsurkunden namens der drei Kirchen ausgeführt, dass die Zeit für die Partnerschaft von Staat und Kirche reif geworden sei. Die einmütige Annahme der erforderlichen Gesetze sowohl durch den hessischen Landtag als auch durch die evangelischen Synoden lasse eine positive Entwicklung und Auswirkung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche für die Zukunft erhoffen. Das sei keine Selbstverständlichkeit. Gute Beziehungen wollten gepflegt sein, um Dauer zu haben. Der hessische Landtag habe dadurch, dass die Gesamtheit der politischen Parteien dem Vertrag zugestimmt hätte, klar gemacht, dass die evangelische Kirche von keiner Partei als Parteigänger in Anspruch genommen und von keiner Partei als Parteigegner abgelehnt wird. Darin zeige sich ein bemerkenswerter und in seiner Bedeutung kaum zu überschätzender Fortschritt gegenüber einem historischen Tatbestand, der noch vor wenigen Jahrzehnten als unabänderlich gegeben galt. Sowohl von Seiten der Kirchen als auch durch Ministerpräsident Zinn wurden die guten Beziehungen, die zwischen dem Lande Hessen und den evangelischen Kirchen, die schon in der Vergangenheit bestanden haben und zum Abschluss des Vertrages geführt haben, mit Nachdruck und Dankbarkeit betont.

Das sozialdemokratisch regierte Hessen hat ein Beispiel fortschrittlicher und freundschaftlicher Gestaltung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat gegeben. Wir stimmen Kirchenpräsident Niemöller zu, wenn er sagt, gute Beziehungen wollten gepflegt werden. Dazu gehören guter Wille und Vertrauen. Sie sollten durch nichts erschüttert werden, auch nicht durch den Versuch, durch eine schlechte Wahlkampfstrategie einer bestimmten Partei politische Erfolge erringen zu wollen.

China marschiert am Himalaya auf

Von Erwin Erasmus Koch

Aus dem Land auf dem Dach der Welt fliesst ein nur spärlicher Nachrichtenguell. Alle Berichte stimmen jedoch darin überein, dass die Volksrepublik China vor Indiens nördlichen Grenzen, über ein Gebiet von viertausend Kilometern in eisigen Höhen, eine Kriegsmacht zusammenzieht. Der indische Generalstab kommentierte die neuerdings entstandene Lage: "Es geschieht weit mehr als notwendig wäre, um die unruhigen Völkerschaften Tibets in Zaume zu halten". Auch Nehru verbarg seine Besorgnisse nicht. Unterdessen rückten Einheiten der "Volksbefreiungsarmee" aus dem "Reich der Mitte" in Streifen des nepalesischen Himalaya-Massivs ein, sie okkupierten eine 25 Kilometer tiefe Zone des Reiches des Königs Mahendra.

Was beabsichtigt Mao Tse-tung?

Er führt militärische Demonstrationen durch. Sie sollen in den Randstaaten der Schneeberge Parik verbreiten, und darin hat er bereits nachhaltigen Erfolg. Die Verwirrung in Ladakh, Bhutan, Sikkim und Nepal ist gross. Die Regierungen der Rajas befürchten - nicht zu Unrecht -, dass der "Tiger", so nennen die Orakel China seit alterher, zum Sprung angesetzt hat. Mao bediente sich dazu weniger phantastischer Redewendungen. Er übermittelte schon vor einigen Jahren seine Botschaften nach Neu-Delhi. Die Nachbarn Tibets müssten in "beiderseitige Verhandlungen" eintreten, sie müssten ihre strittigen Hoheitsbereiche klären. Vor den "beiderseitigen Verhandlungen" baute der kommunistische Parteichef des grössten Staates der Welt vollendete Tatsachen auf. Er ging dabei Schritt für Schritt weiter. Was konnte der Westen, was konnte Indien dagegen ausrichten? Ladakh, Bhutan, Sikkim und Nepal wären keinen grossen Krieg wert.

Zunehmende KP-Infiltration in Südost-Asien

Über dies schürte Mao Tse-tung den Brandherd im Südosten Asiens. In Laos und Südvietnam nahmen die kommunistischen Infiltrationen zu. Anscheinend wird bald ein Guerilla-Krieg aufflammen. Erneute Offensiven gegen die "Stützpunkte der Imperialisten", gegen die Inseln Quemoy und Matsu, stehen bevor. Wichtiger erscheint dem Leiter des Politbüros der KPCH jedoch die fortdauernde scharfe Bedrohung Indiens, er will seinen Nachbarn im Süden "aufweichen". Mao bedient sich deshalb zur Rechtfertigung des Aufmarsches unterhalb des Dachs der Welt äusserst fadenscheiniger Vorwände. Tibet sollte endlich befreit und daher abgeriegelt werden. Die Zeitungen Indiens hatten bereits die Mär von Unruhen im einstigen Staat der Zauberer um angebliche schauderhafte Begebenheiten angereichert. Das "kostbare Lehrenjuwel", der zehnte Pantchen Lama, habe den Tod gefunden, man habe den Heiligen Menschlings ermordet. Oder: der "lebende Buddha", das "Oberhaupt der

Religion", sei geflohen, so hiess es auch (während sein irdischer Scheinleib längst danach die chinesischen Bezwingler des Mount Everest in Potala beglückwünschte). Es blieb also nur die Mär der Unruhen, einer "heidischen Revolte".

Seit über 1000 Jahren Unruhen in Tibet

Wann hat es aber in Tibet nicht Unruhen gegeben? Sie sind seit 1 300 Jahren nie abgerissen, im Osten des Schneelands nicht und im Westen nicht. Die Krieger der Fomadon, die Stämme der Mogloke, der Washi, der Kharapas, der Muli - man könnte sie seitenlang aufführen - sahen schon vor Buddhas Predigt an Benares im Kampf den Sinn des Daseins. Sie hatten im übrigen auch keine andere Wahl. Es gehörte zum Alltäglichen, zum Unabänderlichen in Tibet, dass sie nur von ihren Untugenden abliessen, während sie sich zum Monlam-Beton "um das Glück aller Lebewesen" nach Lhasa begaben, bis die frommen Räuber in der heiligen Stadt von allen Sünden gereinigt worden waren. Gleich danach vertauschten sie ihre Gebetsmühlen wieder mit Spiessen und Schwertern, neuerdings aber auch mit Gewehren, die nicht nur englischer und amerikanischer, sondern ebenfalls sowjetischer Herkunft sind. Jahrhundertlang war jede Teilung Tibets - und es gab keinen King- oder Mandschu-Kaiser, der sie nicht vorgenommen hätte - mit ständig neuen Aufständen verbunden, gegen den Lama-Guru im Potala, gegen einen der Söhne des Himmels, gegen die jeweilige Inkarnation eines Priester-Königs der zahllosen "Königreiche". - Diese Aufstände sind also, soweit die geschichtliche Erinnerung zurückreicht, ein Teil des Lebensablaufs im Schneeland gewesen, sie richteten sich grundsätzlich gegen jede Art von Obrigkeit. Jahre, vielleicht Jahrzehnte hindurch werden sich nun die kommunistischen Machthaber mit "Rebellen" herumschlagen müssen, so lange, bis jene Stämme ausgerottet sind.

Aus dem Lauf der Gewehre

Der kriegsmässige Aufmarsch vor Indien lässt sich daher mit diesen Revolten nicht rechtfertigen. Seine Erklärung liegt weit aus deutlicher in den Worten Mao Tse-tungs, dass der Kommunismus über ganz Asien "aus dem Lauf der Gewehre" kommen werde. Chruschtschow hörte diese harte Sprache nicht gern. Deshalb versicherte sich Nehru neuerdings im Konzert der Mächte des Wohlwollens des Stammvaters seines potentiellen Gegners. Er priess den Wert der Abrüstungsverschlüsse der Sowjets und verdammte die "Stützpunkte" der westlichen Allianz in Asien. Er hat damit für den Augenblick aus seiner Sicht keinen schlechten Schachzug ausgeführt. Aber Nehru vergisst offenbar, dass Mao Tse-tung Indien gegenüber am längeren Hebel sitzt. Chruschtschow mit Eifer kolportierte Koexistenz-Theorie widerspricht der militärischen Doktrin der Männer in Peking, die den "langen Marsch der Zwanzigtausend" hinter sich haben - und - zum Teil dank des Wohlwollens der USA - an die Macht gelangten.

Eine gute Sache

sp - Vierzehn französische und deutsche Universitäten und Hochschulen stehen jetzt in einem regelmäßigen Partnerschaftsverhältnis. Sie tauschen Studenten und Dozenten miteinander aus und sorgen auf diese Weise für einen regen und regelmäßigen Kontakt der deutsch-französischen akademischen Jugend und der wissenschaftlichen Leistungen ihrer Professoren.

Dies erfuh man auf der deutsch-französischen Rektorenkonferenz in München, wo über die Frage beraten wurde, was man noch besser machen könne. Hierbei wurde festgestellt: Deutsche Studenten können ohne Zeitverlust mehrere Semester an ausländischen - und besonders an französischen - Universitäten studieren. Diese Semester werden ihnen hier in der Bundesrepublik beim Examen angerechnet. Französische Studenten jedoch erleiden bei vorübergehendem Studium in Deutschland einen Zeitverlust, da man an den französischen Universitäten jedes Jahr ein sehr wichtiges Zwischenexamen ablegen muß, das die Stufe zum Abschlußexamen ist.

Jetzt wollen erfreulicherweise die französischen Universitätsrektoren beim Kultusministerium ihres Landes vorstellig werden, um dieses Hemmnis des deutsch-französischen Studentenaustausches zu beseitigen.

Die enge Verbindung von Hochschulen und Universitäten der Bundesrepublik zu denen Frankreichs ist eine gute Sache. Jährlich werden mehr als 1 000 junge Akademiker auf diese Weise über die nationalen Grenzen hinaus mit dem Studiengang ihrer Kommilitonen des anderen Landes bekannt gemacht. Diese jungen Menschen von heute werden in einigen Jahren häufig Schlüsselstellungen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben ihres Landes einnehmen. Sie werden besser als ihre Väter und Großväter, die oft einander in Schützengräben gegenüberstanden, das Gemeinsame verstehen lernen. Hoffentlich gelingt es den französischen Rektoren, das Kultusministerium ihres Landes davon zu überzeugen, daß die letzte und zum Glück nur technische Schranke der akademischen Zusammenarbeit endlich fallen muß.

UNO als ordnende Kraft

sp - Zum dritten Male in der Nachkriegsgeschichte erweisen sich die Vereinten Nationen unter der tatkräftigen, umsichtigen Führung ihres Generalsekretärs Hammarskjöld als die Kraft, anscheinend ausweglose Situationen so zu beeinflussen, dass der Rutsch in den Abgrund verhindert werden kann. Dank der UNO hält der Waffenstillstand in Korea an, UNO-Truppen an der israelisch-ägyptisch-jordanischen und syrischen Grenze sichern einen Frieden, der zwar immer wieder durch blutige Konflikte unterbrochen wird, aber doch einen größeren Zusammenstoß schwer bewaffneter Armeen in diesem Teil der Erde bisher verhinderte.

UNO-Truppen, zusammengesetzt aus Soldaten intakter afrikanischer Staaten, fällt nun die gewisse nicht leichte Aufgabe zu, im Kongo wieder Ordnung zu schaffen, da die Unabhängigkeit nicht gewöhnte Regierung dazu vorläufig nicht in der Lage ist. Die Entsendung fremder Truppen geschieht im Einvernehmen mit dieser Regierung und sie schuf damit einen Präzedenzfall; der kommunistischen Propaganda wird das Argument entzogen, die UNO hätte sich zum Instrument "imperialistischer Mächte" erniedrigt. Gerade in diesem Verdacht wollten die Vereinigten Staaten nicht geraten, sie stellen zwar die technischen Mittel, aber keine eigenen Soldaten für die Bändigung des Chaos im Kongo zur Verfügung.

Das Eingreifen der Vereinten Nationen als Schutzmacht für eine Regierung, die derzeit nicht in der Lage ist, ihre Aufgaben wahrzunehmen, dürfte auf lange Sicht die Tendenz verstärken, die Vereinten Nationen mit einer eigenen Exekutivgewalt auszustatten. Übrigens ist dies schon lange eine Forderung der Sozialistischen Internationale, und auch das Godesberger Programm der SPD enthält in seinem Kapitel "Grundforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft" eine entsprechende Formulierung. Sie heißt: Alle Völker müssen sich einer internationalen Rechtsordnung unterwerfen, die über eine ausreichende Exekutive verfügt.

Im Fall Kongo galt und gilt es zu verhindern, dass der Westen und der Osten hier zum offenen Ringkampf antreten und dieses hochexplosive Gebiet als Schaachfigur im Kalten Krieg behandeln. Das ist wohl durch die kühne Initiative Hammarskjölds gelungen; afrikanische, keinem bestehenden Militärblock angehörende Truppen, handelnd im Auftrage der Vereinten Nationen, treten nun als Ordnungsfaktor auf. Damit beginnt ein neues und faszinierendes Kapitel in der Weltgeschichte.

Talsperre unter Egerer Burg

(rh) Im Egertal unmittelbar unter der Burg von Eger (der Kaiserpfalz Barbarossas) haben die Mitarbeiter des Prager geologischen Forschungsinstituts mit den Vorarbeiten für den Bau einer Talsperre begonnen. Es werden Erdschichten gemacht und das Terrain erforscht, denn die Errichtung der Talsperre soll noch in diesem Jahr in Angriff genommen werden. Der Talsperrensee wird, nur wenige hundert Meter von der heutigen Badeanstalt am Fuße der Egerer Burg entfernt, das Egertal bis zur bayerischen Grenze ausfüllen und den romantischen Talgrund mit seinen Wiesen, Hainen und idyllischen Wanderwegen zum Verschwinden bringen. Das Bild der alten Heimat, wie es die Egerländer nach ihrer Aussiedlung in Herzen tragen, ändert sich ständig ...

Die ersten Pläne für eine Egertalsperre an dieser Stelle stammen aus dem Jahre 1941, doch sollte die Talsperre weiter von der Egerer Burg entfernt errichtet werden. Neue Pläne aus dem Jahre 1949 erwiesen sich als unzureichend, so daß man sich schließlich auf ein drittes Projekt Prager Fachleute einigte. Die geplante Talsperre wurde näher zur Stadt gelegt und wird an der engsten Stelle des Flußbettes unmittelbar hinter den letzten Egerer Villen errichtet. Es wird ein Erdwall aufgeschüttet, der erst später in einer weiteren Ausbaustape eine Stadtmauer aus Beton erhalten soll.

Der bereits chronische Nutzwassermangel in Eger und in dem benachbarten Weltkurort Franzensbad hat den Bau der Talsperre zwingend gemacht. Sie wird auch Nutzwasser für das im Falkenauer Braunkohlenrevier im Bau befindliche große E-Werk in Eisova (Eibenberg) liefern. Für die Bewohner der im Wiederaufbau befindlichen mittelalterlichen Stadt Eger ist die Talsperre als Wassersport- und Erholungszentrum gedacht. Auch für den Fremdenverkehr soll sie als Ausflugsziel eine Rolle spielen und den Franzensbader Kurgästen die bisher vermißten Bademöglichkeiten bieten.

Die Fertigstellung der Talsperre dürfte mit dem Abschluß des Wiederaufbaus von Eger zusammenfallen. Am Egerer Marktplatz sind zwar die meisten historischen Bürgerhäuser bereits instandgesetzt und auch das Theater in Eger hat nach Umbau und Erweiterung seine Pforten wieder geöffnet. In den Gassen der historischen Altstadt jedoch, wo der jahrelange Vorfall die schwersten Schäden hinterlassen hat, wird noch an vielen Fassaden gearbeitet und der Bau neuer Wohnungen (hinter diesen stilgerecht erneuerten Fassaden) erst in Angriff genommen. Auch mit den Kirchen ist man noch lange nicht fertig. Die Rekonstruktion des "Stöckel", eines mittelalterlichen Häuserblocks in einer Ecke des Marktplatzes, samt dessen Umbau und Einrichtung zu einem egerländer Konditorei-Café soll noch in diesem Jahr an die Reihe kommen. Auch der Neubau des Egerer Bahnhofes, mit dem nach jahrelangem Zögern soeben erst begonnen wurde, dürfte noch zwei Jahre dauern.

+ +

Verantwortlich: Günter Markscheffel